

Medien



Neoliberalisierung und Mittelkürzungen an Unis. Super! Das taz-Magazin bejubelt die Verhältnisse. Wir nicht.

Seite 3

Politik



Hört auf zu studieren – fangt an zu denken! Die Rote Ruhr Uni beginnt am 3. November und lädt dazu ein.

Seite 4

Hochschule



Zwei Semester zu lange studiert, noch keine Zwischenprüfung in der Tasche? In Hamburg und Berlin wird man dafür bald zahlen

Seite 2



Bochumer Rektoren diskutierten mit AStA Rasterfahndung an der RUB

Eine Annäherung der Standpunkte wurde nicht erreicht, dennoch verlief die Diskussion recht harmonisch, als letzte Woche Donnerstag im HZO 50 auf Einladung der Vorsitzenden des RUB-AStA und des RUB-Rektors ein Podium über Sinn und Unsinn der Rasterfahndung und der Beteiligung der Hochschulen daran diskutiert. Auch die Bochumer Hochschulen hatten auf Anordnung des Amtsgerichts Düsseldorf die von den Innenbehörden gewünschten Daten nahezu aller Studenten zusammengestellt und herausgerückt. Der Rektor der Ruhr-Universität hatte diese Beteiligung an den Fahndungsmaßnahmen gar zur „moralischen Pflicht“ erhoben. Auch auf dem Podium verteidigte Rektor Petzina diese Auffassung. Der Beschluss des Amtsgerichtes sei „rechtlich sauber abgesichert“ und einer „kriminaltaktischen Wertung“ über die Verhältnismäßigkeit der Maßnahme wolle er sich enthalten. Zu dem „rechtlichen Gebot“ komme noch die „moralische Verpflichtung“ zur Mithilfe beim Aufstöbern eventueller Schläfer. Er betonte seine Freude darüber, dass nach allen Studen-

ten gefragt worden sei und insofern „ein nicht diskriminierendes Anliegen“ an die Ruhr-Uni herangetragen worden sei. Anders als etwa in Berlin übernehmen in NRW nicht die Unis sondern die Innenbehörden das Herausfiltern der Studis aus arabischen bzw. islamischen „Schurkenstaaten“, die Hochschulen brauchen sich nicht selbst die Hände schmutzig zu machen.

Weniger blauäugig betrachtete der Rektor der Evangelischen Fachhochschule Bochum die Rasterfahndungsmaßnahmen. Er sah die EFH in einen Widerspruch gesetzt zwischen der angestrebten Internationalisierung und einer pauschalen Verdächtigung von „Ausländern“. Auch deshalb sind Senat und AStA über die richterliche Anordnung informiert habe.

Beide Rektoren kündigten an, den Verbleib der Daten verfolgen zu wollen, ein Termin mit der Bochumer Polizei sei bereits vereinbart. Auf Landesebene will die Landesrektorenkonferenz der Hochschulen auf Initiative des RUB-Rektors dem Verbleib der Daten nachforschen und auf zügige Löschung der nicht benötigten Daten drängen. Eine ähnliche Initiative hat auch das EFH-Rektorat für die Landeskonferenz der FH-Rektoren gestartet. Die effektiven Möglichkeiten zur Kontrolle des Verbleibs der Daten sah der EFH-Rektor Huster allerdings sehr skeptisch. Im Vordergrund stehe der Versuch, öffentlichen Druck zur ordnungsgemäßen Verwendung der Daten zu erzeugen.

Heiko Jansen als Vertreter des AStA der Ruhr-Uni legte erneut die Kritik der StudentInnenvertretungen dar. Er bezeichnete die Rasterfahndung als „falsche Antwort auf den 11. September“ und wies generelle Verdächtigungen ausländischer Studenten zurück. Die Rasterfahndung müsse darüber hinaus als ein Baustein in der zunehmenden Überwachung der

ganzen Gesellschaft durch die Behörden gesehen werden, als ein Schritt in den Überwachungsstaat. Er warnte vor dem Irrglauben, soziale Probleme ließen sich durch Überwachung lösen.

Kerstin Puschke vom Bundesvorstand des studentischen Dachverbandes fzs betonte vor allem die rassistische Komponente der Rasterfahndungsmaßnahmen und ordnete sie in den Kontext der zahlreichen rassistischen Schikanen, denen StudentInnen ohne deutschen Pass ausgesetzt sind, ein. Der mit Spannung erwartete Auftritt des seit Jahren umstrittenen und inzwischen pensionierten Jura-Professors Schwind hielt einige Überraschungen bereit. So äußerte er etwa Bedenken gegen die Erfolgsaussichten der Rasterfahndung, er sei gespannt, was die Innenbehörden mit der Unmenge an erhobenen Daten anfangen würden. Allerdings fiel ihm auch keine Alternative ein.

Obrigkeitsstaat und Rechtsstaat

Den von zahlreichen StudentInnenvertretungen unterstützten Beschwerden von StudentInnen gegen die richterliche Anordnung zur Herausgabe ihrer Daten räumte er Erfolgsaussichten ein. Es sei in der Tat fraglich, ob die Rasterfahndung dem realen Ausmaß an Bedrohung durch Terroristen entspreche und somit verhältnismäßig sei. Allerdings könnte für den Fall, dass ein Gericht den BeschwerdeführerInnen recht gebe, nach einem Gesetz von 1992 der Generalstaatsanwalt mit Zustimmung des Justizministers die Rasterfahndung auch einfach

anordnen. Womit er mal eben den Unterschied zwischen einem Obrigkeitsstaat und dem modernen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland erklärte: Im Obrigkeitsstaat müssen die BürgerInnen hinnehmen, was die Obrigkeit verlangt, im modernen Rechtsstaat dürfen sie vorher noch Geld für AnwaltInnen ausgeben.

Interessant waren auch seine Ausführungen zu dem Maßnahmenpaket des Innenministeriums. Er sei bekanntlich kein Freund Otto Schilys und habe gar zu seinen Zeiten als niedersächsischer Innenminister in der Innenministerkonferenz diskutiert, ob man ihn nicht wegen seiner Tätigkeit als Anwalt von Gefangenen aus der Rote-Armee-Fraktion verhaften lassen könne. Wenn es Schwind gelänge, Schily wegen Rädelsführerschaft beim Bundesgrenzschutz, der durch Ausschüttung der deutschen Grenzen wohl mehr Menschen auf dem Gewissen hat als die RAF hinter Gitter zu bringen, wäre ihm ausnahmsweise mal der „Symp der Woche“ in der bsz sicher.

In ihren Abschlusstatements bekräftigten alle an der Podiumsdiskussion Beteiligten noch einmal ihre Position. Rektor Petzina rief zu Vertrauen in die Polizei auf, schließlich sei Deutschland keine Diktatur. AStA-Sprecher Heiko Jansen wies auf die Datenschutzberichte hin, aus denen hervorgeht, dass zu Vertrauen in einen ordnungsgemäßen Umgang mit personenbezogenen Daten durch die Innenbehörden keinerlei Anlass besteht. Kerstin Puschke vom fzs-Vorstand ergänzte, dass eine Kontrolle der Geheimdienste unmöglich sei.

geka



Castor nach Gorleben Again ...

Am 16.10.2001 war es wieder soweit. Die wendländische Elbe-Jetzel-Zeitung hielt die Protestsaison gegen den geplanten Castor-Transport für eröffnet. Auf der Castor-Bahnstrecke hatten tags zuvor AtomkraftgegnerInnen ein Stück Gleis aus den Schienen gesägt. In den folgenden zwei Wochen erreichten die Aktionen, was sonst neben der Thematik rund um den 11. September wohl untergegangen wäre: Ein weiterer Transport mit wiederaufgearbeiteten Brennelementen aus La Hague soll ins sogenannte Zwischenlager nach Gorleben gebracht werden.

Erst Ende März dieses Jahres prügten 3000 PolizistInnen einen Transport durch, den ersten nach dem sogenannten Atomkompromiss. Für die GegnerInnen der Atomwirtschaft waren es die erfolgreichsten Proteste. Erstmals musste der Castorzug den Rückwärtsgang einlegen. AtomkraftgegnerInnen hatten sich mit einer komplizierten Konstruktion ins Gleisbett einbetoniert. Der Castor erreichte den Verladebahnhof mit eintägiger Verspätung.

Mit dem nun geplanten Transport hatten die Wenigsten gerechnet. Aus Kapazitätsgründen verhinderte die Polizei bisher mehr als einen Transport im Jahr. Nach den Attentaten am 11. September und der Kampagne zur „Inneren Sicherheit“, bei der PolizistInnen zahllose staatliche Gebäude schützen mussten, schien ein Transport unmöglich. Doch alle Anzeichen weisen darauf hin, dass am 12. November erneut ein Atomtransport durchgegrügelt werden soll. Für den Zeitraum gilt ein Urlaubsverbot für BGS-Beamte. Wie üblich erließ die Bezirksregierung ein Demonstrationsverbot entlang der Strecke.

Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg und andere Antiatomgruppen rufen zu Blockaden dagegen auf. Diesmal soll der Castor nicht nur auf den letzten 50 km Bahnstrecke sowie auf den 20 km Straße blockiert werden sondern bereits vor Uelzen, wodurch ICEs in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Viel Arbeit für die Polizei. Die heiße Phase der Proteste beginnt mit der traditionellen Demo in Lüneburg am 10. November. Anschließend sollen die Protestcamps bezogen werden. Auch diesmal ist unklar, ob diese Camps legal werden. Allerdings bieten wie immer AnwohnerInnen – insbesondere BäuerInnen – ihre Wohnungen und Scheunen als Unterkunft an.

In Bochum findet eine Infoveranstaltung am 6.11. im Kulturcafé statt, zu der das Referat für Grund- und Freiheitsrechte im Rahmen der neuen wöchentlichen Veranstaltungsreihe *Politischer Dienstag* einlädt. Neben allgemeinen Infos zum Stand der Transportvorbereitung steht die Rechtslage bei Demonstrationen im Mittelpunkt. Für Interessierte sollen Fahrgemeinschaften per Auto oder Wochenendticket gebildet werden. Weitere Informationen gibt es im AStA-Servicereferat (Tel: 02343226704), in Lüchow-Dannenberg unter 0413148599 (auch Unterfunktsvermittlung) oder auf der Internetseite www.castor.de

mk1

Antifa vor Gericht

Umfangreiche Solidarität erfuhr letzte Woche Donnerstag ein ehemaliger AstA-Vorsitzender der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, den die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft vor Gericht zerte: Als sich um 12 Uhr die Türen des Gerichtsaals L3 im Düsseldorfer Amtsgericht schlossen, war der Saal mit mehr als 50 Zuhörern überfüllt, während vor der Tür mehr als 20 Personen geduldig auf Einlass warteten. Mit unsicherer Stimme trug der Staatsanwalt – Berichten von AntifaschistInnen aus Düsseldorf zufolge – die Anklage vor; er beschuldigte den damaligen AstA-Vorsitzenden der Straftat, zur Verhinderung des Naziaufmarsches vom 28.10.2000 aufgerufen zu haben.

Nach dem gemeinsamen Ansehen eines WDR-Beitrages, das kurze Interviewfetzen mit dem AstA-Vorsitzenden enthielt, sowie der Befragung eines Polizeizeugen, der jedoch zum Angeklagten und den Vorwürfen gegen ihn nichts sagen konnte, schlug der Vorsitzende Richter der Staatsanwaltschaft eine Einstellung des Verfahrens vor. Die Staatsanwaltschaft lehnte jedoch ab. Daraufhin erkundigte sich der Vorsitzende Richter mit ironischem Unterton, ob die Staatsanwaltschaft nicht auch gegen den WDR wegen Beihilfe zur Straftat ermitteln würde, was der Staatsanwalt sichtlich irritiert verneinte.

Der Verteidiger des Angeklagten schlug vor, das Interview in der Rohfassung zu sehen. Dem pflichtete der Richter bei und so wurde der Prozess vertagt. Nach Einschätzung von AntifaschistInnen aus Düsseldorf wurde „bei dem ersten Gerichtstermin deutlich, dass es der Staatsanwaltschaft nicht um den konkreten Vorfall – das Interview – ging, sondern sie ein Exempel statuieren wollte.“

Mehr Rasterfahndung

Auch der AstA der Uni Mainz wird die Klage eines Studenten, der im AusländerInnen-Referat tätig ist, gegen die Herausgabe seiner Daten durch die Hochschulleitung unterstützen. Auf einen Brief des AstA an Unipräsident Reiter, in dem angefragt wird, ob und in welchem Umfang die Rasterfahndung in Mainz gestartet wurde, hat dieser bislang nicht reagiert. In einem Fernsehinterview hat er jedoch geäußert, grundsätzlich keine Bedenken gegen das Verfahren zu haben. Im Gegenteil unterstellte Reiter der Rasterfahndung die hehre Absicht, „gerade den Verdacht von der überwiegenden Mehrheit der Unbescholtenen zu nehmen“. Der Referent für Hochschulpolitik im AstA der Uni Mainz stellte die Blauwogen dieser Position heraus: „Dabei kam ihm wohl weder in den Sinn, dass die Betroffenen vermutlich über den Verbleib ihrer Daten und etwaige Ermittlungsergebnisse keinerlei Rückmeldungen erhalten werden, noch hat er das mit der Rasterfahndung einhergehende, rechtsstaatsgefährdende Verfahren einer Abkehr vom Prinzip der Unschuldsvermutung und Setzen eines Generalverdachts gegen bestimmte Merkmalsträger an dessen Stelle, verstanden.“

Freispruch in Do

Der Versuch einer Kriminalisierung der Dortmunder Stadtratsabgeordneten Astrid Keller (Linkes Bündnis) ist gescheitert. Staatsschutz und Justiz hatten versucht, Keller wegen der Anmeldung einer antifaschistischen Demonstration am 21. Oktober des vergangenen Jahres den Prozess zu machen. Vorgeworfen wurde ihr „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz“, da sie angeblich die Demonstration erst nach Verlassen der genehmigten Route aufgelöst hätte. Das es sich bei dem Vorwurf um ein Konstrukt des ermittelnden Dortmunder Staatsschützers Mintzlaff handelt, wurde spätestens bei der Beweisaufnahme klar: Selbst der zuständige Leiter der eingesetzten Bochumer Hundertschaft Arno Plickert, bestätigte Keller eine „gute Zusammenarbeit“ während des gesamten Verlaufes der Demonstration.

Letztlich war der Staatsanwalt gezwungen, Keller freizusprechen, „dem kam sodann auch der Vorsitzende Richter des Dortmunder Amtsgerichts nach.“

Studiengebühren in Hamburg und Berlin ,Bummelstudis' raus?

Am 24. Oktober hat der FU-Senat die Zwangsexmatrikulation bei Überschreitung der Regelstudienzeit in die Satzung für Studienangelegenheiten aufgenommen. Mit dem Ziel, „faule Langzeitstudenten“ endlich aus dem Verkehr zu ziehen. Konkret heißt das: Wer die Regelstudienzeit um sechs Semester überzieht oder seit zwei Semestern keinen Leistungsnachweis mehr erworben hat, kann in einer Zwangsberatung mit Auflagen belegt werden. Solche Auflagen könnten etwa Erbringung bestimmter Studienleistungen sein. Die Nichterfüllung der Auflagen innerhalb einer gesetzten Frist soll dann die Zwangsexmatrikulation zur Folge haben. Allerdings liegen die Auflagen und deren Überprüfung im Ermessen des oder der beratenden DozentIn – was der Willkür ebenso Tür und Tor öffnet wie der Kulan ... Einer besonderen „Abschlussberatung“ soll sich unterziehen müssen, wer die Regelstudienzeit um sechs Semester überschreitet und noch nicht zur Abschlussprüfung angemeldet ist.

Fraglich bleibt allerdings, ob die Senatswissenschaftsverwaltung diesem Beschluss ihre nötige Zustimmung erteilt. Nach Angaben der Berliner Morgenpost hat sich die Behörde in einer vorläufigen Stellungnahme bereits vor Wochen ablehnend geäußert. Die Pläne an der FU seien nicht vereinbar mit dem Berliner Hochschulgesetz, in dem das Thema „Prüfungsberatungen“ abschließend geregelt sei.

Zwangsberatungen gibt es an den Berliner Unis bereits seit 1995. Wer mit der Zwischenprüfung zwei Semester „überfällig“ ist oder die Regelstudienzeit um zwei Semester überschritten hat, wird in einer Zwangsbera-

tung ermahnt und erhält dann bislang problemlos den „blauen Schein“ und kann weiter studieren. Das soll sich jetzt ändern: Kommt bei der Beratung ans Licht, dass der oder die StudentIn mit den Studienleistungen im Rückstand gegenüber der Regelstudienzeit ist, wird besagtes Verfahren eingeleitet. An den anderen Berliner Universitäten sind nach Angaben der Berliner Morgenpost keine solchen Satzungsänderungen geplant.

Die Vertretungen der StudentInnen an der FU Berlin lehnen die neue Regelung vehement ab. Die studentischen VertreterInnen im Senat stimmten dagegen und der AstA kritisiert die Entscheidung der professoralen Senatsmehrheit, als „dem neoliberalen Zeitgeist der Hochschulpolitik bedingungslos angepasst.“

Die Begründung für diese Satzungsänderung seien „der denunziatorischen Faulheitsdebatte um SozialhilfeempfängerInnen und Arbeitslose entlehnt“. Unerwähnt bleibe dabei, „dass über Jahre bei Bildungs- und Sozialpolitik gespart wurde“. Der AstA verweist auch auf die soziale Situation der StudentInnen, die Einschränkungen bei der staatlichen Ausbildungsfinanzierung und den zunehmenden Zwang zur Erwerbsarbeit, der dazu führt, dass StudentInnen länger studieren müssen.

Darüber hinaus sprach sich der AstA in einer Erklärung für das Recht von StudentInnen aus, „ihr Studium aber einfach auch nicht auf den Erwerb von Pflichtscheinen zu beschränken“. „Wir meinen aber: Zu freier Wissenschaft und Forschung gehört auch die Freiheit bei der Gestaltung des Studiums und der Studienzeit“ Die Studvertretung erinnert dabei auch an entsprechende Appelle des FU-Präsidenten bei der Immatrikulationsfeier dieses Wintersemesters.

„Wie aber soll kritisches Studieren möglich sein, wenn das Pflichtprogramm immer umfangreicher, der Zwang zum Jobben immer größer und die Über-

schreitung der Regelstudienzeit immer gefährlicher wird?“ fragt der AstA der FU und fordert den Rücktritt der Verantwortlichen im Präsidialamt der FU Berlin.

Studiengebühren in Hamburg

Die Parteien der neuen Hamburger Regierungskoalition aus CDU, FDP und Schill-Partei haben die Einführung von Studiengebühren vereinbart.

Der AstA der Uni Hamburg hat bereits über 1.000 Unterschriften gegen die Koalitionsvertrag von den neuen Regierungsparteien beschlossene Regelung gesammelt, derzufolge ähnlich wie in Baden-Württemberg Gebühren im Falle einer Überschreitung der Regelstudienzeit um vier Semester erhoben werden sollen. Der AstA geht davon aus, dass diese Gebühren demnächst wirklich erhoben werden, auch wenn im Koalitionsvertrag die Rede davon ist, dass zunächst Verbesserungen im Bildungssystem durchgeführt werden sollen: „Das Geld lassen die sich doch nicht entgehen. Da wird erst was kosmetisch verbessert und dann dürfen wir zahlen.“

Ein Sprecher der Hamburger Gruppe der *Assoziation Marxistischer StudentInnen* wies unterdessen auf die Mitverantwortung von „Rot-Grün“ hin: „Dieser Raubzug auf die Taschen der Studierenden wäre nicht möglich, wenn SPD und Grüne auf der Bundesebene Studiengebühren gesetzlich verboten hätten, wie sie es vor der letzten Bundestagswahl versprochen hatten.“

geka

Durchsuchung bei Libertad! Online-Protest?

Am Morgen des 17. Oktober brachen Einheiten des Staatsschutzes die Büroräume der Initiative Libertad! in Frankfurt a.M. auf und beschlagnahmten sämtliche Computer sowie zahlreiche Festplatten, CDs und Dokumente. Die Gruppe Libertad!, die sich seit 1993 für politische Gefangene einsetzt, ist durch die Beschlagnahmung in ihrer Arbeit stark beeinträchtigt. Ebenfalls durchsucht wurde die Wohngemeinschaft des Betreibers der Internetdomains libertad.de und soodero.de. Auch hier wurden Computer und CDs mitgenommen. Hintergrund dieser Durchsuchungen ist eine Online-Demo, die die Initiative Libertad! gemeinsam mit kein mensch ist illegal initiiert hatte, um gegen Abschiebungen mit der Deutschen Lufthansa zu protestieren. Laut Durchsuchungsbefehl des Amtsgerichts Frankfurt beteiligten sich über 13.000 Menschen an dieser Aktion; es war die erste virtuelle Demonstration in Deutschland.



Die Polizei wertet die Online-Aktion vom 20. Juni als „Nötigung“, da der Lufthansa durch die 1,2 Millionen Seitenaufrufe wirtschaftlicher Schaden entstanden sei und wirft den 150 Menschenrechtsgruppen und Flüchtlingsräten, die zu der Aktion aufgerufen hatten, „Anstiftung zu Straftaten“ vor. Für Anne Morell, die die Online-Demo angemeldet hatte, ist es „skandalös, dass 13.000 DemonstrantInnen zu kriminellen gestempelt werden, während gleichzeitig ein Unternehmen, das aus Abschiebungen Profit schlägt, im Internet seinen Geschäften nachgehen kann“. Ziel der Online-Demo war es, die Kampagne gegen Abschiebungen (per Flugzeug) durch eine neue Form des Protestes zu erweitern, die Internetseite der Lufthansa sollte mit Hilfe einer eigens programmierten Software durch massenhafte Anfragen zeitweise blockiert werden. Jedes Jahr werden von Deutschland aus etwa 40.000 Menschen in ihre Herkunftsländer abgeschoben, weil ihr Asylantrag abgelehnt wurde. Die Fluglinien, die diese Abschiebungen vornehmen, verdienen gut daran, werden doch nicht nur das Ticket des Abzuschiebenden, sondern auch die der mit ihm fliegenden Bundesgrenzschutz-Beamten bezahlt. Diese Abschiebungen werden auch unter Anwendung massivster Gewalt durchgeführt, Kola Bankole wurde 1994, Aamir Ageeb 1999 in einer Lufthansa-Maschine von BGS-Beamten misshandelt und getötet.

Aktionstag 20. Juni

An eben diesem Tag fand die Aktionärsversammlung der Lufthansa in Köln statt.

Zeitgleich organisierten Flüchtlingsgruppen Proteste vor der Versammlung, am Rhein-Main-Flughafen und im Netz. Einer der OrganisatorInnen erklärte: „Das Internet ist ein öffentlicher Raum, hier muss es möglich sein, soziale Konflikte auszutragen.“ Schon kurz nach der Online-Demo waren die OrganisatorInnen ins Visier des Verfassungsschutzes geraten. Der Chef des VS warnte in Bezug auf das Internet vor der „Gefahr von Wirtschaftsagenten aus dem Osten, Islamisten sowie linken und rechten Extremisten“.

Tatsächlich erreichten die Online-Demo und vor allem die Aktionstage während des antirassistischen Grenzcampes am Frankfurter Flughafen im Juli, dass die deutsche Abschiebepolitik in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert wurde. Infolgedessen rief die Pilotenvereinigung Cockpit ihren Mitgliedern, die Mitnahme von Personen zu verweigern, die gefesselt sind oder sich deutlich gegen einen Transport zur Wehr setzen. Auch die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr rief ihre im Aufsichtsrat der Lufthansa sitzenden Mitglieder auf, sich gegen Abschiebungen einzusetzen. Die Fluggesellschaft Tarom hat sogar beschlossen, keine weiteren Abschiebungen mehr vorzunehmen.

am

Was macht eigentlich die NRW-Linke?

Anfrage der CDU zur PDS

Eigentlich keine besonders spektakuläre Nachricht: Die nordrhein-westfälische CDU hat im Landtag jüngst eine große Anfrage zur PDS an die Landesregierung gestellt. Schaut man sich diese jedoch näher an, verblüfft schnell die Bandbreite der Fragen, welche die Fraktion gerne beantwortet hätte. Denn diese beziehen sich längst nicht nur auf die PDS.

Erst vor wenigen Tagen hat CDU-Generalsekretär Friedrich Merz die ChristdemokratInnen zu einem anderen Umgang mit der PDS aufgerufen, der die Partei „politisch entzaubern“ soll, indem sie an ihrer aktuellen Politik anheften wird. Etwas grober geht die NRW-CDU an das Thema PDS heran. Offiziell hat die Anfrage zum Ziel, „die Strukturen der PDS und ihre Verbindungen zu anderen Parteien und Organisationen mit verfassungsfeindlichen Zielen oder Tendenzen aufzuzeigen.“ Dementsprechend finden sich in dem zwanzig Seiten starken Papier denn auch gleich zu Beginn verschiedene Fragen zur Struktur der Partei in Nordrhein-Westfalen wie z.B. nach der Anzahl der Mitglieder, der Altersstruktur u. ä. mehr.

Schon im zweiten Kapitel, zum Thema PDS und Medien, taucht die Partei nur noch in zwei der zweiundzwanzig Fragen auf. Die restlichen Fragen beziehen sich fast ausschließlich auf unterschiedliche linke Zeitungen oder

Zeitschriftenprojekte. Es scheint fast so, als habe jemand in seiner Sammelwut alle derartigen Publikationen aus verschiedenen Verfassungsschutzberichten zusammengeklaut und – um mehr darüber zu erfahren – mit in die Anfrage hineingebracht. Angefangen bei lokalen Blättern wie der Münsteraner *Apoplex* oder der alternativen Düsseldorfer Stadtzeitung *TERZ* reicht die Liste bis hin zu bundesweit erscheinenden Zeitungen wie *Jungle World*, *graswurzelrevolution*, *Junge Welt* oder *Freitag*, gefragt wird nach HerausgeberInnenkreisen und deren politischer wie verfassungsrechtlicher Einschätzung – aber nicht nach der PDS.

Nach gleichem Strickmuster sind auch die weiteren Bereiche der Anfrage verfasst. So finden sich in der Rubrik Finanzen der PDS und ihres Umfelds nicht nur Fragen zu den Vermögensverhältnissen der PDS selbst, sondern auch nach dem Parteivermögen von MLPD und DKP. Auch „örtliche antifaschistische Initiativen in Nordrhein-Westfalen“ zählt die CDU offenbar zum Umfeld der PDS, denn auch an deren Finanzquellen ist sie interessiert. Was insofern auffällt, da ansonsten konkrete Institutionen, Organisationen oder Publikationen benannt werden. Da liegt der Verdacht nahe, dass mittels der Anfrage neben der PDS die linke Szene NRWs im allgemeinen durchleuchtet werden soll.

Hochschulgruppen im Visier

Neben linken Medien liegt eine weiterer Schwerpunkt der Anfrage auf den Schulen und

Hochschulen des Landes. Die Landesregierung soll einzelne LehrerInnen, die als linksextrem bekannt sind oder in linksextremen Publikationen veröffentlicht haben, benennen und über angedachte Disziplinarmaßnahmen berichten.

Auch den Hochschulen ist ein ganzes Fragenkapitel gewidmet. So regt die CDU an, PDS-, Linksruck-, Antifahochschulgruppen und andere studentische Initiativen in NRW unter die Beobachtung des Verfassungsschutzes zu stellen. Dabei erinnert ein Großteil der Fragen an Positionen, wie sie sich Jahr für Jahr in den Wahlkampfpamphleten des RCDS wiederfinden. So fragt man nach angeblichem Missbrauch studentischer Pflichtbeiträge für politische Aktivitäten sowie „Einflussnahme linksextremistischer Gruppierungen und Parteien wie Antifa, PDS, DKP, Linksruck usw. auf die Studierenden.“ Apropos Antifa: Wie ein roter Faden tauchen unabhängige antifaschistische Aktivitäten in fast allen Kapiteln wieder auf.

Wenn man in diesem Zusammenhang beachtet, dass viele CDU-Mandatsträger Verbindungen zu Burschenschaften besitzen bzw. alte Herren solcher sind, liegt der Verdacht nahe, dass hinter der Initiative für die Anfrage burschenschaftsnahe RCDS-Kreise stehen, zumindest aber an der Ausarbeitung der Fragen alte Herren oder junge RCDSlerInnen mitgearbeitet haben. Man braucht sicherlich keine AnhängerIn von Verschwörungstheorien zu sein, um Vermutungen anzustellen, dass diese, auch wegen ihrer teils guten Verbindungen zur extremen Rechten, wiederum Interesse an den Antworten der Landesregierung auf Fragen wie „Welche Funktion hat der Bonner Buchladen *Le Sabot* in der linken Szene?“, oder über Antifa-Initiativen in NRW haben.

Karl Heinz

taz sieht blühende Landschaften Unis: Alles wird toll!

Gestufte Studiengänge, Studiengebühren und -kontrollen, Hochschulen, die sich ihre StudentInnen selbst aussuchen können, universitäre corporate identity - inklusive peinlicher Immatrikulations- und Abschlussfeiern: alles ganz wunderbar. Findet zumindest die einstmals linksalternative taz in ihrem wöchentlichen Magazin tazmag und befindet sich mit ihrem weitgehend unkritischen Lobgesang auf die Hochschulreform in guter Gesellschaft. Willkommen im Club von Unispiegel, Audimax, Unicum und dem Hochschulanzeiger der FAZ.

Nicht dass sich an den Universitäten der Republik momentan nicht einiges im Umbruch befände. So sind Studiengebühren für die Hamburger Hochschulen gerade beschlossen worden (s. Seite 2) und es hat den Anschein, als ob eine bundesweite Einführung von Studiengebühren nicht mehr eine Frage der politischen Einstellung, sondern nur noch eine Frage der Zeit ist. Doch das interessiert die tazlerInnen herzlich wenig, zumin-

dest findet sich auf immerhin acht Seiten Magazin kein Wort dazu, brav werden hingegen Schlagworte wie Controlling, Management, leistungsbezogene Mittelvergabe und corporate identity heruntergebetet. Auch die Möglichkeit der Selbstauswahl der StudentInnen durch die Unis wird da zum Vorteil für die Studierenden verkauft, da diese ja von dem intensiveren Lernen in kleinen elitären Zirkeln profitieren und hervorragende Jobaussichten besitzen würden. Dass dies nur einen Bruchteil der Studierenden, nämlich die jeweils Ausgewählten betrifft, der Rest jedoch mit schlechterer Lehre und schlechterer Ausbildung wird vorlieb nehmen müssen, spielt anscheinend keine Rolle. Nicht nur dies erinnert stark an das oft als Vorbild genannte US-amerikanische Hochschulsystem, in dem es verschiedene Klassen von Universitäten gibt, und in dem nur die StudentInnen,

die über die nötigen finanziellen Mittel verfügen, an den Elite-Unis studieren können. Was die taz zwar nicht bejubelt, aber auch nicht kritisiert. Stattdessen empfiehlt sie die Möglichkeit, sich einzelne Kurse herauszusuchen und sich die Teilnahme für jeweils ca. einhundert Dollar zu „kaufen“. Dann ist man zwar nicht wirklich eingeschrieben und kann auch keinen Abschluss erwerben, darf jedoch – wie gnädig – die Bibliotheken benutzen. Für die taz zählen denn auch andere Werte mehr, so freuen sich die taz-RedakteurInnen allen Ernstes darüber, dass man in Berkeley zumindest die prachtvollen Villen der ProfessorInnen auf den Hügeln um die Uni herum bewundern kann. Wenn das nichts ist.

Bei soviel Begeisterung verwundert es nicht mehr, dass die taz auch voller Lob über die Einführung von gestrafften Bachelorstudiengängen an deutschen Unis ist und diese ebenso wenig kritisch hinterfragt wie die Pläne von NRW-Bildungsministerin Gabriele Behler, fünf Unis des Landes die Lehramtsausbildung zu nehmen.

Wurde in der „normalen“ taz bis vor kurzem noch ab und an selbstreflexiv über die Frage: Ist die taz feministisch? sinniert, hat sich das taz-mag nicht nur von solch irrelevanten Lapalien

verabschiedet: Im Studentenmagazin geht es keinesfalls (auch) um Studentinnen, Professorinnen und auch noch nicht mal zukünftige Managerinnen finden Erwähnung. Könnte man dies noch als Unachtsamkeit gegenüber den Möglichkeiten der deutschen Sprache auffassen, zeigt die uneingeschränkte Empfehlung des Romans „Der Campus“ sehr deutlich, wo die taz feministisch schwimmt: mittelmäßig antifeministischen Mainstream.

Studis begeistert?

Früher, so die taz, hätten derartige Reglementierungen die StudentInnen der philosophischen Fakultäten auf die Barrikaden getrieben, früher, damit meinen die RedakteurInnen vermutlich die Zeit, als sie selbst noch kritisch und die taz eine linke Zeitung war. Dass dies jetzt anders sei, wenn die Reform kommt, liegt daran, dass diese den Bedürfnissen der StudentInnen entgegen komme, da sie ihnen „mehr Orientierung im Vorlesungsdschungel, mehr Strukturierung des Studiums, mehr Effizienz“ bringe. Ob das diejenigen genauso sehen, die dieses Semester mit den neuen B.A.-Studiengängen an der RUB – z.B. an der Fakultät für Sozialwissenschaften – begonnen haben, ist angesichts der teilweise chaotischen Zustände, ohne Studienordnungen etc., mehr als fraglich. Wenig begeistert dürften auch diejenigen sein, die vielleicht schon in ein paar Jahren Studiengebühren für ihr M.A.-Studium zahlen müssen, weil Studiengebühren – bisher zumindest – nur für die Zeit vor dem ersten berufsqualifizierenden Abschluss ausgeschlossen werden – und den hätten sie mit dem B.A. schon erworben.

Aber das sehen die lieben RedakteurInnen der taz vermutlich ein wenig anders. Für sie ist dies alles „nur ein Vorgeschmack auf ein Jahrzehnt des akademischen Aufschwungs, das Deutschland bevorsteht.“ Wenn das mal kein Trugschluss ist.

jas



Mittwoch, 31. Oktober

Vortrag zu Felix Droese: „Ich habe Anne Frank umgebracht“

von Dr. Christoph Kivelitz, im Rahmen der Anne-Frank-Kulturwoche
20 Uhr, Kulturmagazin Lothringen, Lothringer Straße 36c

Making the state more democratic – gender policy in Europe

Vortrag der derzeitigen Marie-Jahoda-Gastprofessorin für Internationale Frauenforschung.
14 Uhr, Rub, GC 04/611

Donnerstag, 1. November

Bündnis Umweltfreundlicher Stadtverkehr

19.30 Uhr, Kolpinghaus, M.-Kolbe-Str. 14

Freitag, 2. November

Hannah Pieck, Jerusalem: „Lebensstationen mit Anne Frank“ (Video)

Anne-Frank-Kulturwochen
20 Uhr, Kulturmagazin Lothringen, Lothringer Str. 36c

Samstag, 3. November

Deutsch-Nigerianischer Freundeskreis: Frauen in Nigeria – eine neu-gierige Annäherung

17 Uhr, Bhf. Langendreer, Eingang: Kino-Café Endstation, Raum 6

„Klezetera“ mit dem Tango & Kletzmer-Quartett, Köln

Anne-Frank-Kulturwochen:
20 Uhr, Kulturmagazin Lothringen, Lothringer Str. 36c

Kornelia Hafner: „... daß der Bann sich löse.“ Annäherung an Adornos Marx-Rezeption

Das Programm einer interdisziplinären Sozialforschung, mit dem die Kritische Theorie in den 30er Jahren angetreten war, um eine „Theorie der gegenwärtigen Gesellschaft als ganzer“ (Horkheimer) zu entwickeln, stand von Beginn an in einem widerspruchsvollen Verhältnis zu Marx und zur marxistischen Tradition. Einerseits mit dem Anspruch auftretend, den kritischen Gehalt der Marxschen Theorie durch eine methodologische Orientierung an der Kritik der politischen Ökonomie gegen die Geschichtsmetaphysik des Traditionsmarxismus zu rekonstruieren, steckte sie doch andererseits tief in den Lenin-Hilferdingischen Vorstellungen vom „Monopolkapitalismus“.

Diese Tendenz verstärkte sich in den 40er Jahren bis zum mehr oder weniger unvorstellbaren Bruch mit der Ökonomiekritik als Leitmodell kritischer Gesellschaftstheorie. Ausgehend von Friedrich Pollocks „Staatskapitalismus“-Theorem vertraten nun vor allem Horkheimer und Adorno die These vom „Ende der Zirkulationssphäre“ oder von der „Liquidation der Ökonomie“, der ein Regime direkt-gewaltvermittelter und technisch-manipulativer Herrschaft jenseits im eigentlichen Sinne ökonomischer Zwänge folge: die „verwaltete Welt“. Vor allem in den späteren Schriften Adornos bleibt aber das Verhältnis zu Marx ambivalent. Neben die Liquidationstheorie tritt unvermittelt wieder die Rede vom „Tauschprinzip“ als Hauptmerkmal auch spätkapitalistischer Vergesellschaftung, die These der Herrschaft der Realabstraktion Wert, die doch in den Monopol- und Machttheorien der Kritischen Theorie schon verabschiedet schien.

Kornelia Hafner wird Grundzüge von Adornos Marx-Verständnis problematisieren und nach dem Verhältnis von „verschwiegener Orthodoxie“ und Marx-Kritik in seinem Denken fragen.

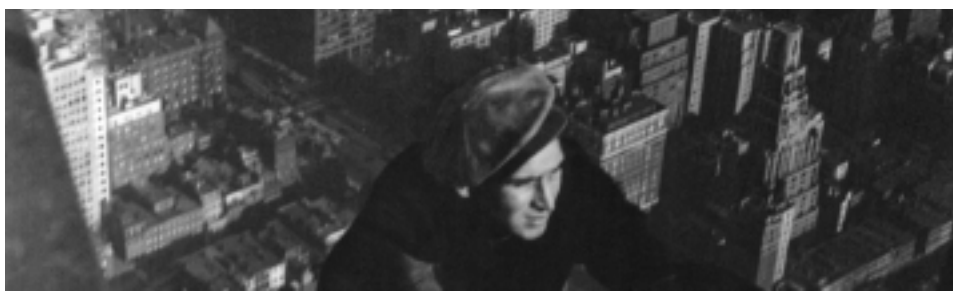
Im Rahmen der Roten Ruhr Uni.
20 Uhr, Ruhr-Uni, Kultur-Café

Montag, 5. November

Extra-FSVK-Sitzung

Die FSVK (FachschaftsvertreterInnenkonferenz) macht eine Sondersitzung zum Thema: Wie kann die Zusammenarbeit der Fachschaften verbessert werden?

18 Uhr, Rub, AStA, Raum 004



Willkommen im Elfenbeinturm – Dialektik in Aktion Die Rote Ruhr Uni 2001

Der Arbeitskreis Rote Ruhr-Uni besteht, glaubt man seinen GegnernInnen, aus „Hinterzimmer-intellektuellen“ und „Linksideologen“, die mit ihren „theoretischen Exzessen“ sogar „studentische Gelder verpressen“. Er ist also der Lieblingsfeind aller erklärter- und unerklärtermaßen rechtsgerichteten Gruppen an der Ruhr-Uni Bochum, das Hassobjekt aller derer, die meinen, „Ideologiefreiheit“ bedeute, an dieser Gesellschaft grundsätzlich nichts (die christlich-demokratische Variante) oder wenigstens nichts Grundsätzliches (die sozialdemokratische Variante) auszusetzen zu haben. Nur einem studentischen Schreiberling vom stern unterließ unlängst der verdutzte Fehler, die RRU ein „ambitioniertes Projekt“ zu nennen. Damit hat er recht, aber anders, als er meint.

Verteufelt wird an der RRU, wofür die Institution Universität allgemein steht: „abgehobenes Denken“. Es wäre schön, wenn die Universität ein solches Eden unabhängigen Denkens wäre; wenn hier Reflexion gepflegt würde, die weltfremd ist, weil diese Welt als menschenfremde nur soweit als Bezugspunkt dient, als sie abgeschafft werden soll. „Abgehobenes Denken“ kann es nicht geben, aber die falsche Kritik weiß, was sie meint, auch wenn sie nicht weiß, was sie redet: Denken, das nutzlos ist, d.h. das nicht verwertet werden kann zur folgamen Ausführung der Zwänge, die selber nicht in Frage gestellt werden. Und dabei wäre gerade das, wohin Wissenschaft gelangen müsste, nähme sie sich selber ernst. Denken, das „ideologisch“ sei, und man bezieht sich dabei auf das Schreckbild der 68er – die auch wir kritisieren, jedoch nicht dafür, dass sie links sind, sondern dass sie es nicht sind. Die Kritik an angeblichen Linken, Schön- und Feingeistern und anderen „abgehobenen Denkern“, wie man sie sich von deutscher Comedy über Pop-Literatur bis zu Martin Walser besorgen lassen kann, ist noch dümmer als ihr Objekt, weil sie ihnen in aufässiger Arbeitsteilung die angemähte Höhe abkauft. Zu kritisieren wäre die Anmaßung, nicht die Höhe, aber von der sind sie beide weit entfernt.

Damit will „die ungeistigste Zucht des Erdballs, mit einem Wort Studenten“ (Karl

Kraus) nichts zu tun haben. Sie will Service-, Freizeit- und Parkplatzmöglichkeiten. Sie will auf das vorbereitet werden, was ihr „Leben“ heißt, d.h. auf Beruf und Erfolg, auf die Entwicklung der eigenen Fungibilität und der Verwertbarkeit. Dem ist nicht das Streben nach „Höherem“ entgegenzuhalten, sondern die simple Tatsache, dass Studenten über kein Klassenbewusstsein verfügen. Ein böses Wort aus der „ideologischen Motenkiste“, was doch nur bedeutet, dass sie sich über ihre eigene Situation betrügen, darüber, dass sie kein Leben haben, sondern nur die Möglichkeit der Gnade, sich bei Staat & Kapital bewerben zu dürfen, auf dass ihnen ihr Leben gewährt werde; Mittel für einen Zweck zu sein, der jenseits ihrer liegt und der sie, je nach Konjunktur mehr oder minder belohnend und enger oder weiter gefasst, mitschleppt, so lange er sich durch sie erhalten kann. Die Schmach dieses Daseins, dazu da zu sein, Wert zu produzieren und zu realisieren, – die im Falle der Studenten die konkrete Gestalt annimmt, dass sie zu größten Teilen de facto am Existenzminimum leben, muss ferngehalten werden, sei's indem man sie zu „studentischer Kultur“ und dem dazugehörigen Lifestyle veredelt; sei's indem man die Wege, die solch narzistische Kränkung über Erkenntnis eröffnet, aggressiv zubaut, weil man nicht daran erinnert werden möchte, dass das Opfer irrational, da unnötig ist, richtete man die Gesellschaft rational ein.

„Die Kritik ist keine Leidenschaft des Kopfes, ...

Mit dem „Elfenbeinturm der Theorie“ will man nichts zu tun haben. Dabei ist seine Herkunft eine sehr schöne. Im „Hohelied“ im Alten Testament preist Salomo seine Geliebte Sulamith: „einem Elfenbeinturm gleich ist dein Hals, schlank und schimmernd“ (Hohelied 7,5). Die Interpretation der Kirche erst machte aus diesem sinnlichen und leidenschaftlichen Elfenbeinturm den Sitz von Gelehrten: wie durch den Hals Sprache und Stimme auf- und die Nahrung hinabsteige, so würden die Doctores durch ihr Wort die Kirche aufrichten und ernähren, elfenbeinern eine Zier sein und durch ihre aufrechte Haltung hervorragen. Die Schmähungen der Pragmatiker, Realisten und „Vital-Exhibitionisten“ (Hermann Burger) führen durch den Spott auf den „Elfenbeinturm“ also das zusammen, was zusammengehört und das jene nur gepachtet haben: freien Geist, der bei ihnen zu einer „Registratur des Gegebenen“ (Max Horkheimer) verkümmert

und auf ideologische Wertneutralität verpflichtet ist; und den Leib, den sie fit für fun zu einer Festung um ein nicht mehr vorhandenes Ich herum ausbauen. Wem nachgesagt wird, er sitze im Elfenbeinturm, der hat also einen guten Platz ergattert. Hier trifft das Geistige auf das Sinnliche, fallen Auferstehung des Fleisches und Erweckung der Seelen zusammen.

Dies ist nicht mit Erbauung und Seelenmassage zu verwechseln, auch nicht mit Identitätsangeboten, wie sie Weltanschauungsgemeinschaften weltlich-politischer oder religiöser Art liefern. Ebensovienig vermittelt der AK RRU Jobs in der sog. Wirtschaft noch irgendwelche fragwürdigen Freizeitangebote, erteilt keine Bescheinigungen für erbrachte Leistungen und organisiert keine Fahrten ins Blaue.

... sie ist der Kopf der Leidenschaft“ (Karl Marx).

Er ist eine unabhängige studentische Initiative mit dem Ziel der Diskussion und Vermittlung gesellschaftskritischer Theorie. Damit richtet er sich gegen „die Schwäche einer Art von Kritik, welche die Gegenwart zu be- und verurteilen, aber nicht zu begreifen weiß“ (Karl Marx). Wir bemühen uns darum, uns zur gegenseitigen Selbstverständigung und zur Selbstversicherung mit einem Denken auseinanderzusetzen, dass wir mit für das brauchbarste halten. Ob es das tatsächlich ist, soll geprüft und diskutiert werden. Wir bemühen uns um eine kritische Aneignung von etwas, was dem, was man bislang eher spürt, eine Sprache geben und was das, was man als schlecht empfindet, auf den Begriff bringen kann.

Wer Interesse an der RRU wie an der Tätigkeit des Arbeitskreises hat, kann sich im StudentInnenhaus, Raum 13 melden oder eine mail schicken an: critix@gmx.de oder arbeitskreis.rote-ruhr-uni@coollist.com

Ingo Elbe (Referent für Kritische Wissenschaften) & fake (beide AK RRU)

:bszkonsumterror

Götterbilder

Wie so oft in Zeiten der Ruhe und des Müßigganges, treibt mich die Langeweile und gewiss auch eine nicht zu verachtende Portion Neugier in die Tiefen des Internets. Neben aktuellen Fußballergebnissen aus den Amateurligen Nordrhein-Westfalens und den täglichen Cartoons eines durchaus begabten Berliner Zeichners begeistere ich mich sehr für das Eintippen wirrer Web-Adressen, um zu sehen ob irgendein anderer wirrer Mensch in unserem Lande diese Adresse schon für sich gesichert hat. Von dort aus dann ein paar Mal weitergeklickt und schon findet man wirklich schräge Angebote.

So auch diese: Unter der einprägsamen Adresse: www.jesuschristssuperstore.net findet die interessierte Gläubige oder der religiöse Spielbegeisterte genau das, was sie seit Jahren sich wünschten, aber weder beim Kaufhof noch beim Fachhandel an der Ecke fanden. Wie von diversen Comic- und Filmcharakteren bereits bekannt, bietet hier die findige Firma Actionfiguren der beliebtesten Spielzeuge Gottes an. Neben Jesus (politisch korrekt in schwarzer und weißer Hautfarbe erhältlich) finden sich hier auch die Helden anderer beliebter Religionen. Dem Dalai-Lama inklusive ‚Magnum 66 Automatic Nirvana Pistol‘ setzt die hinduistische Abteilung Krishna und Shiva mit vier Action-Gun beladenen Armen entgegen. Obwohl schon lange im Angebot ist passend zur politischen Weltlage der ‚islaman Hashashishe suicide bomber‘ mit beigelegter Plastiksprengstoff-Ausstattung der Renner dieser Tage.

Mein Liebling unter all diesen faszinierenden Darstellern der göttlich umrankten Weltgeschichte ist jedoch aus der muslimischen Abteilung Allah. Bestellt man diesen, bekommt man mit dem Verweis ‚he who may not be shown‘ eine leere Verpackung zugesandt.

Wem all diese netten Figürchen noch nicht reichen, der kann auf gleicher Seite die passenden T-Shirts zu selbigen erwerben.

Es stellt sich an dieser Stelle natürlich die Frage: Für wen ist der Kram eigentlich gedacht? Ich tippe da mal auf uneheliche Pfarrerskinder, die auf der Suche

nach ihrer Herkunft sind. Auch im Religionsunterricht der gymnasialen Oberstufe machen diese Actionmänner garantiert eine gute Figur.

Bleibt mir nur noch, euch mit einem fröhlichen Hallelujah viel Spaß beim Spielen zu wünschen. Am besten ihr ladet euch ein paar Freunde und Freundinnen dazu ein, bloß keine AtheistInnen.



:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Verena Wütte, René Voss, Dominique Bender, Johannes Bock

Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Thilo Machotta (mac), Jan Schedler (jas), Tanja Tästensen (tas), Charlotte Ullrich (cu), Franz Witte (wc)

V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)

Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum

Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900

E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de

WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz